GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Wohnräume für Frauen

Keller, Barbara

1995

https://doi.org/10.25595/3980

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Keller, Barbara: *Wohnräume für Frauen*, in: Freiburger FrauenStudien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauenforschung, Jg. 1 (1995) Nr: 2, 19–32. DOI: https://doi.org/10.25595/3980.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Wohnräume für Frauen

Barbara Keller

Der Titel „Wohnräume für Frauen" weckt vielleicht die Erwartung, daß in diesem Artikel Wohnräume im engeren Sinne des privaten Bereiches behandelt werden. Es geht aber um etwas mehr als das. Ausgangspunkt ist die Forderung Virginia Woolfs, die 1928 verlangte, eine Frau solle als Bedingung schöpferisch-schriftstellerischer Tätigkeit „a room of one's own", d.h. ein eigenes Zimmer oder ein Zimmer, für sich allein haben. Woolf hat damit eine Forderung formuliert, die nicht nur metaphorisch zu verstehen ist. Sie vertrat die Auffassung, daß Frauen, die sich von Einengungen und Rollenzuweisungen befreien, und neue, ihnen bislang nicht zugestandene Tätigkeiten aufnehmen wollen, für ihre neuen Aktivitäten auch Räume brauchen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich.

Mit der Dichotomie von „public man" und „private woman" (Elshtain 1981) werde ich mich im folgenden befassen und fragen, wie dichotom diese Dichotomie ist, wenn als Ausgangspunkt der Betrachtung eine feministische Perspektive gewählt wird. Dann werde ich einige Überlegungen zur möglichen Mitwirkung von Frauen in der Stadtplanung vorstellen, die sich aus eigenen und anderen Forschungsergebnissen ergeben. Abschließend werden mögliche Ansätze einer Stärkung der Bürgerinnenbeteiligung an öffentlicher Planung diskutiert.

1) Public man und private woman

Ziel meiner Betrachtung ist das Wohnen in einem erweiterten Sinne, nämlich das Wohnen von Frauen in ihrem städtischen Wohnumfeld. Grundsätzlich teile ich die auch in der feministischen Stadtsoziologie vertretene Ansicht, daß „alles, was getan wird, einen räumlichen Rahmen hat, der das Leben von Frauen, von Hausfrauen, berufstätige(n) Frauen, wissenschaftlich tätige(n) Frauen, eingrenzt, beengt oder erweitert, ihre Erfahrungen von Machbarkeit oder Beschränkung prägt" (Dörhöfer 1990, S. 9). Was ich allerdings nicht teile, ist die Vorstellung getrennter Sphären des Privaten und des Öffentlichen, die sich, bei aller Kritik an der Dichotomie selbst bzw. an der Zurückweisung der Frauen in den privaten Bereich, auch in feministische Überlegungen einschleichen kann (z.B. Dörhöfer 1990, S. 20) und zu resignativen Schlußfolgerungen hinsichtlich öffentlich angeregter möglicher Veränderungen im privaten Bereich führt.

Ausgehend vom Problem der Gewalt gegen Frauen im öffentlichen und im privaten Raum stellt Dörhöfer fest, die Privatheit von Hausarbeit, Familie und Wohnen sei der kommunalen Planung weitgehend entzogen (Dörhöfer 1990, S. 20). Dagegen ist einzuwenden, daß eine Frau um so eher Möglichkeiten hat, ihren privaten Bereich in Richtung auf mehr Gestaltbarkeit zu verändern, je mehr Gelegenheiten zur Unterstützung dafür öffentlich bereitgestellt werden. Diese haben immer auch Dimensionen räumlich-baulicher Art, wie z. B. Frauenhäuser, Kindertagesstätten etc.. Sie müssen aber öffentlich vorhanden sein und vorher gewollt und geplant werden, damit sie für „private" Erweiterungen weiblicher Lebensgestaltung zur Verfügung stehen.

Für diese Problemlage scheint mir ein interdisziplinärer Ansatz erforderlich, denn dieser ermöglicht eine differenziertere und komplexere Analyse der Zusammenhänge von kommunaler Planung und gesellschaftlichen Rollenzuweisungen, von Raumgestaltung und Selbstbestimmung. So wird es möglich, vorschnelle Erklärungen der Nichtzuständigkeit zu vermeiden. Nicht nur die Tätigkeiten als solche, sondern damit verbundene Rollenzuweisungen und Einengungen haben ihre räumlichen Korrelate.

„Die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit beschreibt mehr als nur das Grundprinzip des Städtischen, sie hilft vor allem, die Geschlechterverhältnisse zu stabilisieren" (Köhler 1990, S. 70). Gern wird in diesem Zusammenhang das Beispiel der Hausfrau angeführt, deren Rollenbezeichnung zugleich ihre räumliche Verortung enthält (z.B. Terlinden 1990, S. 48).

Nicht nur eine solche Verortung, auch deren Wertung, transportiert derartige Bezeichnungen: Der „Hausmann" pflegt einen immer noch exotischen Umgang mit gesellschaftlich vorgegebenen Rollen. Er führt traditionell unmännliche Tätigkeiten an einem traditionell - zumindest während des Arbeitstages - unmännlichen Ort aus. Das „Straßenmädchen" hingegen übt eine von der patriarchalischen Doppelmoral trotz beachtlicher Nachfrage öffentlich geächtete und gesetzlich nicht geschützte Tätigkeit an Orten aus, an welchen anständige Frauen sich überhaupt nicht oder nur zu bestimmten Zeiten aufzuhalten haben.

Daß generell das Private als die Sphäre der Frau, die städtische Öffentlichkeit als die des Mannes betrachtet wird, sehen wir auch daran, daß es zwar den Flaneur gibt, die Flaneuse jedoch (vielleicht noch?) nicht. Wenn eine Frau für ihre Anwesenheit auf der Straße nicht eine explizite Legitimation hat, so kann ihrem Aufenthalt dort immer noch etwas Anrüchiges zugeschrieben werden

(vgl. Geiger 1989, S. 393). Darauf verweisen auch die von Frauen häufig im Zusammenhang mit Angst vor Gewalt beschriebenen Vermeidungsstrategien, wie zielbewußtes Auftreten zu demonstrieren, bestimmte Orte überhaupt oder zu bestimmten Zeiten zu meiden oder in sicherer Begleitung aufzusuchen (vgl. Kramer & Mischau 1993), anstatt alleine und erkennbar lässig und ziellos herumzuschlendern.

Zu Hause zu bleiben ist allerdings keine sichere Alternative zum Aufenthalt in einer für Frauen potentiell gefährlichen städtischen Öffentlichkeit. Gewalt gegen Frauen wird zu neunzig Prozent in der Privatheit, in Wohnungen, verübt (s. Literaturangaben in Dörhöfer 1990, Anm. 16, S. 20 u. 28).

Spätestens hier wird die Übernahme der Dichotomie von öffentlich und privat als konzeptionelles Instrumentarium für die Frage nach Wohnräumen für Frauen und die damit aktivierte Vorstellung zweier getrennter Sphären problematisch. Wie privat kann eine Wohnung aus der Sicht der darin lebenden Frau sein, wenn sie dort kein eigenes Zimmer hat, wenn sie nicht sicher ist? Daß es draußen auch gefährlich ist, macht die häusliche Zuflucht als solche nicht besser, sondern versperrt Fluchtmöglichkeiten und sabotiert Entwicklungschancen.

Diesen Zusammenhang illustriert Virginia Woolf mit einer Phantasie darüber, was wohl aus Shakespeares Schwester geworden wäre, hätte diese wie ihr Bruder als junger Mensch ihr Glück in der großen Stadt gesucht: Shakespeares Schwester reißt aus, um der häuslichen Enge und einer arrangierten Ehe zu entgehen, und sie zieht wie ihr Bruder nach London. Wie ihn zieht es sie, die ihm an Begabung in nichts nachsteht, zur Bühne. Im Unterschied zu ihm findet sie aber als Frau weder eine Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeit als Schauspielerin, noch kann sie, wie er, selbstverständlich durch Tavernen und Straßen ziehen, um das bunte Leben der Stadt zu studieren. Eine Affäre mit einem mitleidigen Gentleman, der sie aufnimmt, hat Folgen, die sie nicht ertragen kann oder will. In einer Winternacht bringt sie sich um und liegt seither an irgendeiner Kreuzung begraben, wo sich heute eine Bushaltestelle befindet (Woolf 1977, S. 46-47).

Virginia Woolf berichtet aber auch über ihre eigene Zeit und die Restriktionen im öffentlichen Raum, denen sie sich unterworfen fand: Ende der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts wird die Erzählerin im imaginären „Oxbridge" vom Rasen gescheucht, weil Frauen dort nicht herumlaufen sollen. Der Zugang zur Bibliothek wird ihr verwehrt, weil sie nicht in Begleitung eines Fellows ist,

der ihre Anwesenheit legitimieren würde, sondern alleine. Auch von den beachtlichen Schwierigkeiten, die kargen finanziellen Mittel für ein erstes College für Frauen aufzubringen, ist die Rede: Zwar konnte das erreicht werden, die gelehrten Frauen leben jedoch bescheiden im Vergleich zu den gelehrten Männern. Froh, überhaupt diesen Platz erkämpft zu haben, verschmerzen sie fehlenden Komfort und trösten sich damit, die Annehmlichkeiten müßten eben später kommen.

Einschränkung und Bedrohung im öffentlichen Raum können bewirken, daß eine Frau den Bereich der (vermeintlich) sicheren Wohnung nicht verläßt, sei es, weil die Anreize zu gering, sei es, weil das Wagnis zu groß ist. Öffentliche Einschränkung, öffentliche Bedrohung, kann so „private" Arrangements der Machtverteilung bis hin zu Gewaltverhältnissen stützen. Die Verhinderung der Aneignung städtischer Öffentlichkeit durch Frauen bedeutet zugleich deren Verweis auf den sogenannten privaten Bereich und stützt vorhandene Arrangements der Machtverteilung. Umgekehrt rücken für eine Frau, die weiß, daß es in der Öffentlichkeit Orte gibt, an denen sie sich aufhalten kann, Verhaltensweisen in den Bereich des Möglichen, für die es sonst keinen Raum gegeben hätte, sei es das Verlassen eines gewalttätigen Partners, sei es der Besuch einer Fortbildungsveranstaltung.

Deswegen behaupte ich, daß kommunale Planung durchaus Auswirkungen für diese gerne als privat bezeichneten Zusammenhänge haben kann: Die Bereitstellung von Frauenräumen, wie das von Woolf erwähnte College, das in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gegründet wurde, wie die Frauenhäuser, Buchläden, Cafés in unserer Zeit, ist ein erster Schritt einer Aneignung von Öffentlichkeit. Wenn das „Unter-sich-bleiben-wollen" von Frauen als isolationistisch oder separatistisch kritisiert wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß ein öffentliches „Unter-sich-bleiben-wollen" geeignet ist, räumliche wie inhaltliche Ansprüche hinsichtlich zu schaffender städtischer Freiräume, eigener Zimmer, zu artikulieren und zu demonstrieren. Existieren derartige öffentliche Räume, so können daraus Impulse in Richtung von mehr Selbstbestimmung von Frauen, auch in deren „privaten" Lebenszusammenhängen, hervorgehen. Daß das „Private" keineswegs nur privat ist, gehörte zu den wichtigsten Erkenntnissen der Neuen Frauenbewegung. Genausowenig ist das, was im öffentlichen Raum geschieht, was dort, unter anderem durch Bereitstellung und Finanzierung von Räumen, gefördert oder, zum Beispiel durch die Verweigerung entsprechender Mittel, verhindert wird, nur öffentlich im Sinne von ohne Auswirkung auf „private" Lebensverhältnisse und Arrangements. Wie kann

diese Erkenntnis umgesetzt, wie können Frauen konkret ihre städtischen Handlungs- und Spielräume erweitern?

2) Frauen und Stadtplanung

Vermißt wird bislang eine angemessene Mitwirkung von Frauen an Bau- und Planungsprozessen. Als Expertinnen sind sie selten, auch gewinnt die Institutionalisierung von Frauenpolitik auf kommunaler Ebene erst langsam Zugang und Einflußnahme auf das Handlungsfeld Planung. Bewohnerinnen und Nutzerinnen der baulich-räumlichen Umwelt nehmen die Gelegenheit, sich bei den dafür vorgesehenen Formen der Bürgerbeteiligung einzumischen, selten wahr (Reich 1990, S. 169).

Eine Auseinandersetzung von Frauen mit der städtebaulichen Umwelt soll klein anfangen, vor Ort, bei den alltäglichen Erfahrungen, im Gebrauch der Stadt, denn sie könne nicht von oben inszeniert werden (Fritz-Haendeler 1984). Doch wie soll diese Auseinandersetzung angeregt, wie sollen die Frauen „vor Ort" Zugang zu Planungs- und Entscheidungsprozessen erhalten? Folgende Vorschläge wurden gemacht:

Volkshochschulen könnten motivierende Kursangebote bereitstellen, Frauen aus dem Hochschulbereich könnten entsprechend praxisbezogene Projekte entwerfen, die kommunalen Frauenbeauftragten als Schrittmacherinnen tätig werden. Wichtig wäre eine starke Vernetzung von Bewohnerinnen, Frauenbeauftragten und Expertinnen vor Ort. Diese ergebe sich auch aus dem vorhandenen Informations- und Beratungsbedarf. Als Beleg dienen Ergebnisse einer Umfrage unter nordrhein-westfälischen Frauenbeauftragten, die folgende gewünschte Untersuchungsschwerpunkte nannten: Auswirkungen von Stadtplanung auf Leben, Alltag und Arbeit von Frauen, Kriterien und Leitlinien für eine frauengerechte Stadt- und Verkehrsplanung, Ansätze für eine stadtteilorientierte Frauenarbeit, Möglichkeiten der Unterbringung und Finanzierung von Frauenprojekten, Konzepte zur räumlichen Vernetzung von Frauenprojekten, Wohnungsbaupolitik und Wohnungsvergabe mit Blick auf Frauen, Modelle für Frauenwohnprojekte verschiedener Altersgruppen, planerische Lösungsansätze für von Frauen als „Angsträume" wahrgenommene Bereiche im Stadtgebiet, Freizeitverhalten und Freizeitwünsche (Reich 1990, S. 170-171).

Einige der Vorschläge zur Erhöhung der Beteiligung von Frauen an Planungsvorhaben wurden bereits ausprobiert. Der Weg über die Volkshochschulkurse ist anläßlich der Erstellung eines Rahmenplanes für Hamm/Hessen erprobt worden. Damit etwa 10 Frauen für eine kontinuierliche Mitarbeit gewon-

nen werden konnten, bedurfte es „häufiger persönlicher Ansprache", um ihre Skepsis abzubauen, sich als Laiinnen einzumischen. Ermutigung scheint eine notwendige Voraussetzung des Engagements zu sein.

Aus Erfahrungen im Zusammenhang mit einer geplanten Wohnumfeldverbesserung im Innenstadtbereich von Münster wird berichtet, daß informelle Beteiligungsverfahren, wie z.B. Bürgerberatung am Bauwagen, im Vergleich zu formellen Beteiligungsverfahren, wie etwa Bürgerversammlungen, von Frauen vorgezogen werden. In den Bürgerversammlungen waren weniger Frauen als Männer anwesend und lieferten - auch relativ - weniger Wortbeiträge, wobei sie sich Beobachtungen zufolge zu Beginn aktiv beteiligten, während die Männer „das letzte Wort" hatten (Reich 1990, S. 176). Diese Beobachtungen sind im Licht vorliegender Erkenntnisse über unterschiedliche Kommunikationsstrategien von Frauen und Männern nicht überraschend: Frauen wenden in gemischtgeschlechtlichen Gruppen im Vergleich zu Männern anderen Sprechern größere Aufmerksamkeit zu und fassen ihre eigenen Beiträge kürzer. Verhaltensweisen von Frauen werden auch als eher beziehungsorientiert, die von Männern als eher konkurrenzorientiert beschreiben (Nunner-Winkler 1994, S. 63f.). Damit Frauen ihre Anliegen artikulieren können, müssen diese Unterschiede berücksichtigt werden. Das Gespräch in kleineren Gruppen, das am Bauwagen möglich war, entspricht vermutlich eher Kommunikationsgewohnheiten von Frauen als das „öffentlichere" Ergreifen des Wortes im Rahmen von Bürgerversammlungen.

Für die Beteiligung von Bürgerinnen bei der Erstellung eines städtebaulichen Konzeptes für den Stadterneuerungsbereich Hörder Neumarkt in Dortmund wurde der Weg über Institutionen am Ort gewählt, in welchen Frauen als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen gut vertreten sind. So konnten sehr viele Frauen gewonnen werden. Daraus wird die Empfehlung abgeleitet, Beteiligungsformen sollten sich auf vorhandene Strukturen beziehen (Reich 1990, S. 176-177). Es ist nur zu begrüßen, wenn die Kompetenz von Frauen auch dann ernstgenommen wird, wenn es nicht um die Sorge für andere, sondern um die Planung sie selbst betreffender Belange ihrer städtischen Umwelt geht.

War bisher allgemein von Frauen, von Stadtbewohnerinnen, die Rede, so wird nun die Gruppe der älteren Stadtbewohnerinnen thematisiert. Damit ist eine Gruppe benannt, die zahlenmäßig bedeutsam ist und weiterhin sein wird: Der Altersstrukturwandel, den unsere Gesellschaft erfährt, ist gekennzeichnet durch die Ausweitung der Altersphase (frühe Entberuflichung bei steigender Lebenserwartung), durch Singularisierung, sowie durch Feminisierung des Al-

ters (das Geschlechterverhältnis im Alter ist unausgeglichen und wird es bis weit in das nächste Jahrhundert bleiben; als typische Entwicklungsaufgabe älterer Frauen gilt die Verwitwung) (Tews 1990).

Weder als ältere noch als weibliche Menschen wurden den Interessen älterer Stadtbewohnerinnen bisher in planerischer Hinsicht genügend Beachtung gewährt. Aufmerksamkeit erhielten sie ganz im Gegenteil als es gerade nicht um ihre Interessen ging, nämlich im Rahmen der Diskussion um die Behebung des Wohnungsmangels. Es wurde überlegt, ob dieser nicht zumindest teilweise dadurch zu beheben seien, daß man ältere Menschen, die alleine eine große Wohnung bewohnten, und diese älteren Menschen sind meist weiblich, dazu bewegen solle, diese zugunsten junger Familien aufzugeben und sich selbst mit weniger Wohnraum zu bescheiden. Ruth Becker hat dieses Ansinnen und die dadurch motivierten Versuche, alte Frauen aus ihren angestammten Wohnungen zu verdrängen, einer gerechtfertigten Kritik unterzogen. Dabei hat sie auch darauf hingewiesen, daß das Wohnen in der relativ großen Wohnung oft nicht mehr sei, als der kärgliche Lohn für ein langes Leben in der Enge und ohne eigenes Zimmer (Becker 1992, S. 67). Der von Becker kritisierten Diskriminierung älterer Frauen auf dem Wohnungsmarkt entspricht deren mangelnde Berücksichtigung bei raumplanerischen Maßnahmen.

Unter Berücksichtigung der skizzierten Problemkonstellation wurde das Forschungsprojekt „Psychologische Aspekte der Wohnsituation älterer Frauen in der Stadt", gefördert vom Förderprogramm Frauenforschung im Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Baden-Württemberg, konzipiert. Es handelt sich dabei um eine Analyse der subjektiven Bedürfnisse und Erwartungen älterer Frauen an die Stadt als ihrem Wohn- und Tätigkeitsort. Eine Stichprobe von N=72 älteren Mitbürgerinnen Heidelbergs (zustande gekommen durch eine Zufallsauswahl aus dem Melderegister auf der Grundlage von Quotenvorgaben nach Alter, Familienstand, Stadtteiltyp) ist untersucht worden. Während eines ausführlichen halbstrukturierten Interviews hatten die Teilnehmerinnen Gelegenheit, über verschiedene Aspekte ihrer Wohnsituation zu sprechen. Zusätzlich dazu wurde die allgemeine Lebenszufriedenheit mit dem Fragebogen von Closs und Kempe (1986) erhoben. Im Interview wurden Themen behandelt wie die unmittelbare Wohnumwelt, Lebensgestaltung, soziale Kontakte, kritische Lebensereignisse, Gesundheit, Versorgung, Bezug zum Stadtteil, soziale Aspekte, Beurteilung von und Verhalten gegenüber Veränderungen der weiteren Wohnumwelt sowie die Sicht der eigenen Zukunft. (ausführlich dazu Keller 1994a).

Umwelteinflüssen kommt eine um so größere Bedeutung zu, je geringer die individuellen Ressourcen sind. Finanzielle, gesundheitliche und andere Privilegien machen es möglich, Umweltmängeln zu entgehen oder sie zu kompensieren. Ältere Frauen sind in dieser Gesellschaft aber tendenziell eher zu den weniger Privilegierten zu zählen, was unter anderem auch zur Folge hat, daß sie eher an den städtischen Nahbereich gebunden und eher auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind (Spitthöver 1990 S. 83f). Deswegen wurde im Rahmen des Forschungsprojektes nicht nur nach der Sicht der Teilnehmerinnen auf ihre städtische Wohnumwelt gefragt, sondern auch danach, wie sie sich dazu verhalten, ob sie beispielsweise Versuche zur Kontrolle ihrer städtischen Umwelt unternommen haben.

Unter anderem waren die Beurteilung von und das Verhalten gegenüber Veränderungen Gegenstand der Explorationen. In diesem Abschnitt wurde mit einer Kombination von offenen und geschlossenen Fragen gearbeitet. Im folgenden werden die Antworten auf die geschlossenen Fragen nach Alter und Familienstand diskutiert. Die erste Frage galt unerwünschten Veränderungen im Wohnumfeld: „Hat es hier Veränderungen gegeben, mit denen Sie nicht einverstanden waren?"

Antwort	60-65 Jahre		> 75 Jahre		Verheiratete Frauen		Nicht verheiratete Frauen	
	verh.	ges.	verh.	ges.	> 75	ges	> 75	ges.
ja	7	18	6	16	6	13	10	21
nein	10	16	8	16	8	18	8	14

Tabelle 1: Unerwünschte Veränderungen. Nicht im Schema enthalten: Antwortverweigerungen.

Altersunterschiede fallen verglichen mit den Unterschieden nach Familienstand gering aus. Es ist zu beachten, daß in der Teilstichprobe der Älteren die nicht Verheirateten um vier zahlreicher sind als die Verheirateten. Dennoch berichten die Nichtverheirateten vergleichsweise häufiger über wahrgenommene negative Veränderungen.

Die zweite Frage galt eigenen Versuchen, primäre Kontrolle hinsichtlich der städtischen Wohnumwelt auszuüben und lautete: „Haben Sie sich aktiv für oder gegen eine geplante Maßnahme in ...(Stadtteil) eingesetzt?"

Antwort	60-65 Jahre		> 75 Jahre		Verheiratete Frauen		Nicht verheiratete Frauen	
	verh.	ges.	verh.	ges.	> 75	ges	> 75	ges.
ja	8	15	4	12	4	12	8	15
nein	10	21	12	24	12	22	12	23

Tabelle 2: Aktive Beteiligung an Maßnahmen im Stadtteil.

Geht es um tatsächlich versuchte Einflußnahme, so fallen sowohl die Unterschiede nach Alter als auch die nach Familienstand eher gering aus. Betrachten wir beides gleichzeitig, so stellen wir fest: Bei der Teilstichprobe der „jungen alten" Frauen sind fast gleich viele verheiratete wie nicht verheiratete Frauen nach eigenen Angaben bereits aktiv geworden (8 von ihnen sind verheiratet, 7 nichtverheiratet). Bei den älteren Frauen ist das Verhältnis 1:2 zuungunsten der Verheirateten (vier gehören zu den verheirateten, 8 zu den nicht verheirateten Frauen).

Weitere Fragen galten den Möglichkeiten, künftig Einfluß auf kommunalpolitische Prozesse zu nehmen. Sieben Möglichkeiten der Einflußnahme wurden vorgegeben: Eine Unterschrift für eine Eingabe leisten, an Protestversammlungen teilnehmen, an Protestdemonstrationen teilnehmen, aktiv an einer entsprechenden Bürgerinitiative teilnehmen, selbst eine Bürgerinitiative organisieren, den Gemeinde/Stadtrat mobil machen, einen Leserbrief an eine Lokalzeitung schreiben. Die Reaktionen auf die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden in ihren Häufigkeiten getrennt nach Alter und Familienstand betrachtet.

	Unterschrift	Protestversammlung	Protestdemonstration	Bürgerinitiative Teiln.	Bürgerinitiative Org.	Gemeinderat/ Stadtrat	Leserbrief
„junge alte" Frauen	31	11	7	21	0	19	16
„alte alte" Frauen	23	7	2	12	0	7	9
Summe	**54**	**18**	**9**	**33**	**0**	**26**	**25**

Tabelle 3: Einflußmöglichkeiten nach Alter (N=72). Mehrfachnennungen waren möglich.

Über fast alle vorgeschlagenen Alternativen hinweg zeigte sich ein deutlicher Unterschied in der Menge der akzeptierten Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen zugunsten der jüngeren Frauen. Betrachten wir die Unterschiede nach Familienstand, zeigten sich, auch wenn zu beachten ist, daß 38 nichtverheirateten Frauen 34 verheiratete Frauen gegenüberstehen, bei fast allen hypothetischen Aktivitäten mehr der nicht verheirateten Frauen interessiert. Die Ausnahme war in beiden Fällen „selbst eine Bürgerinitiative organisieren", was keine der Befragten für sich als Möglichkeit sah.

Folgende Vermutungen werden angestellt: Politik ist für die älteren und insbesondere für die verheirateten älteren Frauen noch eher Männersache, dies wäre ein Effekt kohortentypischer Sozialisation. Die älteren verheirateten Frauen sind eher als die jüngeren an die Wohnung gebunden, weil sie einen pflegebedürftigen Mann nicht alleine lassen können, was eine Auswirkung der Lebenslage wäre. Eine weitere Möglichkeit ist, daß die eigene Bereitschaft, aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen, sowohl negativer als auch realistischer eingeschätzt wird, der Unterschied also weniger im Verhalten, als vielmehr in der berichteten Selbsteinschätzung liegt. Dafür spricht die Beobachtung, daß die Unterschiede geringer sind, wenn es um berichtete eigene Aktivitäten geht. Die bisher ausgewerteten Daten konnten die Hypothese, daß verheiratete Frauen zufriedener sind und vielleicht deshalb weniger aktiv werden, nicht stützen (Keller & Fellhauer 1993).

Es bleibt noch anzufügen, daß alle Frauen aus der jüngeren Teilstichprobe angaben, an der letzten Kommunalwahl teilgenommen zu haben, oft mit der Bemerkung, das sei ja die einzige angebotene Möglichkeit, Einfluß zu nehmen.

Bei den Älteren hingegen gab es sieben Nichtwählerinnen. Auch hier stellt sich die Frage, ob der Unterschied in der Aktivität selbst oder im Bericht liegt.

Insgesamt 27 von 72 befragten Frauen gaben an, bereits einmal versucht zu haben, eine Veränderung zu beeinflussen. Noch mehr können sich vorstellen, etwas zu unternehmen, sollten sie das Anliegen für wirklich wichtig halten. Weder nach Alter noch nach Familienstand zeigten sich große Unterschiede in der Bevorzugung der vorgeschlagenen Möglichkeiten. Die beliebteste Strategie über alle Gruppierungen war, eine Unterschrift zu geben, gefolgt von der Teilnahme an einer Bürgerinitiative, gefolgt von dem Versuch, den Gemeinderat zu aktivieren bzw. einen Leserbrief zu schreiben. Mit etwas Abstand folgt die Teilnahme an einer Protestversammlung, noch weniger beliebt sind Protestdemonstrationen. Die Organisation einer Bürgerinitiative mochte sich keine der Befragten zumuten. Die freien Anworten zeigen eine starke Neigung zu ausgesprochen kommunikativen Strategien, wie das Gespräch mit Verantwortungsträgern und -trägerinnen suchen, bei entsprechenden Ämtern anrufen. Alle der Jüngeren und fast alle der Älteren geben an, daß sie an den Wahlen teilnehmen. Diese Präferenzen lassen sich als Bevorzugung von Strategien interpretieren, die sowohl eher weniger mit persönlichen, öffentlichen Auftritten zu tun haben als auch an bereits vorhandene Foren, Strukturen und Verfahren anknüpfen (vgl. Keller 1994b).

3) Ansatzpunkte für eine verstärkte Bürgerinnenbeteiligung

Aus den referierten Untersuchungen wie aus meinen eigenen Erfahrungen leite ich nun ab, wie künftige Mitplanerinnen zu gewinnen wären: Sie sind vor Ort aufzusuchen. Bereits vorhandene Strukturen sollten als Ansatzpunkte genutzt werden, Präferenzen für Kommunikationssettings und -gewohnheiten in Richtung auf direkte persönliche Interaktion sind zu beachten und es ist einzuplanen, daß Frauen gegebenenfalls der anhaltenden Ermutigung bedürfen, bevor sie öffentlich-planerisch tätig werden.

Allein an vorhandenen Strukturen anzuknüpfen, reicht m. E. nicht aus. Es besteht dann die Gefahr, daß die Anliegen der Frauen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht ehrenamtlich engagiert oder sonstwie organisiert sind, weniger berücksichtigt werden. Die Untersuchung der Inanspruchnahme sozialer und kultureller Angebote zeigt, daß Kenntnis und Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen invers mit Sozialschicht korreliert, daß Benachteiligte Hilfen, die ihre Situation erleichtern könnten, nicht oder zu spät abfragen (Karl 1993, S. 265). Eine Vernetzung, die alleine an dieser „Komm-Struktur" an-

knüpft, ist damit für Menschen mit weniger Ressourcen zu grobmaschig und potentiell diskriminierend.

Frauen, die vielleicht selbst auf unterstützende Maßnahmen angewiesen wären oder die sich in den vorhandenen Strukturen einfach nicht wohl fühlen und deshalb dort nicht beteiligt sind, werden damit möglicherweise übergangen. Dabei sind diese weder als Planerinnen noch als Nutzerinnen von vornherein disqualifiziert. Allerdings sind sie für die professionellen Planerinnen schwerer erreichbar, in technischer wie inhaltlicher Hinsicht. Und, um es noch schwieriger zu machen, sind sie auch für sozialwissenschaftliche Projekte weniger leicht zu gewinnen. Ich habe beispielsweise guten Grund, aufgrund der Einkommensangaben der Befragten anzunehmen, daß auch mein Sample einen Mittelschichtsbias aufweist. Kramer und Mischau haben über mangelnden Rücklauf seitens angeschriebener ausländischer Frauen berichtet (Kramer & Mischau 1994). Eine verstärkte Beteiligung von Frauen, sei es am Gewinn praxisorientierter sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse, sei es direkt an öffentlichen Planungsvorhaben, sollte also auch der Marginalisierung von bereits in mehr als in einer Hinsicht ausgegrenzten „anderen Anderen" (Harding 1991) entgegenwirken.

Bevor an vorhandene Strukturen angeknüpft wird, ist deshalb die Frage wichtig, wer daran beteiligt ist, wer davon profitiert. Gegebenenfalls, nämlich insbesondere dann, wenn sich zeigt, daß bestimmte Gruppen systematisch ausgeschlossen bleiben, sind neue Angebote und Zugänge zu erarbeiten, damit das Bemühen um Wohnräume für Frauen nicht auf bestimmte Gruppen von Frauen beschränkt bleibt.

4) Zusammenfassung und Schlußbemerkung

Eingangs wurde dargelegt, daß der öffentliche und der private Bereich keine voneinander unabhängigen Territorien darstellen, daß potentielle Gefährdung von Frauen im öffentlichen und Abhängigkeit im privaten Bereich einander bedingen. Die Schaffung von Frauenräumen in der Öffentlichkeit wurde gegen den Vorwurf des Separatismus verteidigt, dokumentieren diese doch Ansprüche auf mehr Selbstbestimmung, die über Stadtplanung hinaus die Lebensgestaltung von Frauen beeinflussen können. Resultate verschiedener Bemühungen, die Beteiligung von Frauen an kommunalen Entscheidungsprozessen zu erhöhen, wurden beschrieben. Eigene Ergebnisse aus einem Projekt, das sich mit älteren Stadtbewohnerinnen beschäftigte, wurden referiert. Daraus wurden Empfehlungen abgeleitet, die gleichwohl problematisch sind: Selbst wenn vorhandene Strukturen als Ansatzpunkte genutzt werden, wenn Präferenzen für

Kommunikationssettings und -gewohnheiten in Richtung auf direkte persönliche Interaktion beachtet werden, wenn Frauen anhaltend ermutigt werden, sich öffentlich-planerisch zu betätigen, stellt sich das Problem, daß es für manche Frauen schwieriger ist sich zu beteiligen als für andere. Die Anstrengungen von Forscherinnen und Planerinnen, systematischen Ausgrenzungen zu begegnen, müssen sich auf zweierlei richten: Auf eine kritische Analyse der Strukturen, an welchen sie anknüpfen wollen, und auf eine lernwillige Kontaktaufnahme mit Frauen, die anders sind als sie selbst.

Literatur

Becker, R.: „Wer eigentlich sind die Verschwender? Gegen die Diskriminierung alter Frauen in der Wohnungspolitik." *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 33, 1992, S. 65-70.

Closs, Chr. & Kempe, P.: „Eine differenzierende Betrachtung und Validierung des Konstruktes Lebenszufriedenheit: Analyse bewährter Verfahren und Vorschläge für ein methodisch fundiertes Vorgehen bei der Messung der Dimensionen dieses Konstruktes." *Zeitschrift für Gerontologie*, 19, 1986, S. 47-55.

Dörhöfer, K. Einleitung zu Dörhöfer, K. (Ed.): *Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen feministische Planungsansätze.* Forum Frauenforschung Band 4 . Freiburg: Kore 1990.

Elshtain, J. B.: *Public man private woman. Women in social and political thought.* Princeton: Princeton University Press 1981.

Fritz-Haendeler, R.: *Frauen als Trägerinnen öffentlicher Belange in der Bauleitplanung.* Gutachten für die Hessische Zentralstelle für Frauenfragen. Wiesbaden 1984.

Geiger, G. (): „Der enteignete, der ungeeignete Ort. Psychosoziale Faktoren für das Verhalten von Frauen im städtischen Raum." *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, 1989, S. 389-403.

Harding, S.: *Feministische Wissenschaftstheorie. Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht.* (Orig. 1986) Hamburg: Argument 1991.

Karl, F.: „Strukturwandel des Alters und Handlungspotentiale." In Naegele, G. & Tews H. P. (eds): *Lebenslagen im Strukturwandel des Alters.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1993.

Keller, B.: *Psychologische Aspekte der Wohnsituation älterer Frauen in der Stadt.* Bericht an das Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Stuttgart 1994a.

Keller, B.: „Zur Gestaltung der städtischen Wohnumwelten älterer Bürgerinnen oder: Endet Umweltkontrolle im Alter an der Haustür?" In S. Philipps (ed): *Realitäten. Ergebnisse und Perspektiven der Frauenforschung in Baden-Württemberg,* Stuttgart: Silberburg-Verlag 1994b.

Keller, B. & Fellhauer, R.F.: „Lebenslagen älterer Frauen in der Stadt." Vortrag 2. Arbeitstagung Gerontopsychosomatik Essen 1993.

Köhler, G.: „Städtische Öffentlichkeit und Stadtkultur." In Dörhöfer, K. (Ed.) *Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen feministische Planungsansätze.* Forum Frauenforschung Band 4 . Freiburg: Kore 1990.

Kramer, C. & Mischau, A.: „Tat-Orte und Angst-Räume - Sicherheitsempfinden von Heidelberger Bürgerinnen." *Raumforschung und Raumordnung 4/5*, 1994.

Nunner-Winkler, G.: „Zur geschlechtsspezifischen Sozialisation." In Deutsche Forschungsgemeinschaft (Ed.) *Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland: Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen.* Berlin: Akademie Verlag 1994.

Reich, D.: „Ansätze zur Mitwirkung von Frauenbeauftragten bei Planungsprozessen." In Dörhöfer, K. (Ed.) *Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen feministische Planungsansätze*. Forum Frauenforschung Band 4. Freiburg: Kore 1990.

Spitthöver, M.: „Frauen und Freiraum." In Dörhöfer, K. (Ed.) *Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen feministische Planungsansätze*. Forum Frauenforschung Band 4 . Freiburg: Kore 1990.

Terlinden, U.: „Kritik der Stadtsoziologie - Zur Raumrelevanz der Hauswirtschaft." In Dörhöfer, K. (Ed.) *Stadt-Land-Frau. Soziologische Analysen feministische Planungsansätze*. Forum Frauenforschung Band 4 . Freiburg: Kore 1990.

Tews, H. P.: „Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters." In *WSI-Mitteilungen*, 8, 1990.

Woolf, V.: *A room of one's own*. London: Granade Publishing Limited 1977. (orig. 1929).